

Heimatdienst und Volkspartei zur VU wurde er Redaktor der neuen Fusionszeitung «Liechtensteiner Vaterland». Ende November 1936 gelangte Regierungschef Dr. Josef Hoop durch den Mittelsmann Hermann Birkel in den Besitz von vertraulichen Briefen, welche Vogelsang an deutsche Amtsstellen gerichtet hatte. Daraus ging hervor, dass dieser Denunziationsmeldungen und Listen von in Liechtenstein wohnhaften Deutschen und Juden übermittelte. In einem Ende 1934 abgesandten Schreiben an die Zolldirektion Lindau/Friedrichshafen, Devisenkontrolle, schrieb Vogelsang:

«Zu der erwähnten Meldung über die bevorstehende Devisenschiebung hierher durch Steuerkommissar Hasler ist noch zu melden, dass dieser eventuell durch das eine oder andere der beiden nachstehend bezeichneten Autos abgeholt wird auf deutschem Boden und dass diese Autos für den Schmuggel verwendet werden:

...

Namen der deutschen Emigrantenjuden, für die die Schiebung geschieht, folgen noch.

...

Bitte Briefpost stets über die obgenannte Adresse, nicht hierher!»

Die Nachricht trug anstelle einer Unterschrift den Stempel der «Landesleitung Liechtensteiner Heimatdienst».

Daraufhin schritt Regierungschef Dr. Josef Hoop ein. Er beauftragte am 23.1.1937 das Sicherheitskorps, eine polizeiliche *Hausdurchsuchung* im Büro der ehemaligen Landesleitung des Liechtensteiner Heimatdienstes und des Liechtensteiner Vaterlandes sowie in der Wohnung von Baron von Vogelsang vorzunehmen und die vorgefundenen Papiere zu beschlagnahmen. Um sich das Verständnis der Bevölkerung für seine Massnahmen zu sichern, liess Hoop am Tage der Haussuchung das oben erwähnte Schriftstück im Liechtensteiner Volksblatt abdrucken und führte damit der Öffentlichkeit «die Schändlichkeit der Tätigkeit des Redaktors des ‚Vaterlandes‘ gegen seine Heimat»⁴² vor Augen.

Die beschlagnahmten Akten bestätigten die Hinweise auf die Spitzeltätigkeit Vogelsangs. Er bekannte sich in verschiedenen Briefen zum nationalsozialistischen Gedankengut und unterzeichnete mehrfach mit den Wen-

⁴² Landtagssitzung vom 12. 2. 1937; Regierungsarchiv, Akte 169/170.